

Aargauer Zeitung

abo+ FLÜCHTLINGE

100 zusätzliche Schüler auf einen Schlag – Ukraine-Krise verschärft Lehrermangel im Aargau

Rund ein Viertel der Flüchtenden aus der Ukraine sind schulpflichtige Kinder. Für die Aargauer Schulen bedeuten die Neuankömmlinge eine grosse Herausforderung, insbesondere beim Personal. Zum Beispiel in Rheinfelden, wo in einem Monat rund 100 Schülerinnen und Schüler erwartet werden. Die Schulleitungen fordern mehr Unterstützung vom Kanton.

Eva Berger

05.05.2022, 05.00 Uhr

abo+ **Exklusiv für Abonnenten**



Kinder, die aus der Ukraine geflüchtet sind, haben auch ein Recht auf Schulunterricht. Der Lehrpersonenmangel macht das für die Schulen zur Herausforderung.

key

Die zwei Hochhäuser der Helvetia Versicherung in Rheinfelden stehen leer – allerdings nicht mehr lange. Bis sie im nächsten Frühling saniert werden, stellt die Versicherung die Häuser mit rund 120 Wohnungen dem Kanton Aargau für eine Zwischennutzung zur Verfügung. Helvetia wolle damit einen Beitrag zur Unterbringung von schutzsuchenden Personen leisten, teilte der Kanton mit. Rund 450 Flüchtende werden voraussichtlich ab Juni dort wohnen. Darunter werde sich erfahrungsgemäss ein Viertel

schulpflichtiger Kinder und Jugendliche befinden.

«Unsere Schulen können das unmöglich alleine bewältigen», stellt Beat Petermann, Schulleiter an der Kreisschule Unteres Fricktal in Rheinfelden, klar. In wenigen Wochen bereits müssen je nach Situation auf einen Schlag rund 100 zusätzliche Schülerinnen und Schüler eingeschult werden. Wie das gehen soll, kann er sich noch nicht vorstellen. «Wir sind noch ganz am Anfang der Planung», sagt er, der zudem Co-Leiter des Verbands der Aargauer Schulleitungen ist.



Beat Petermann, Co-Präsident
Aargauischer Schulleiterverband,
Schulleiter Rheinfelden.

zvg

Kanton übernimmt Zusatzkosten

Ende letzter Woche befanden sich laut Staatssekretariat für Migration 789 schulpflichtige Kinder und Jugendliche aus der Ukraine im Aargau. Täglich werden es mehr. Finanziell wäre es für die Gemeinden kaum ein Problem, die neuen Schülerinnen und Schüler aufzunehmen. Der Kanton übernimmt für das laufende und das nächste Schuljahr die zusätzlichen Kosten, die durch die Aufnahme von Flüchtlingskindern anfallen. Das hat er letzten Monat beschlossen. Die Schulen können beim Bildungsdepartement einen Antrag für zusätzliche Ressourcen stellen. Das werde bereits laufend gemacht, sagt Simone Strub, Kommunikationsverantwortliche beim Bildungsdepartement.

Nur: Auch der Lehrermangel verschärft sich im Aargau praktisch Jahr für Jahr. Jetzt noch zusätzliche Lehrpersonen zu finden, ist für die Schulen teilweise unmöglich. Auf dem Stellenportal der Aargauer Schulen waren am Mittwoch 577 Stellen ausgeschrieben, allein für die Primarschule waren es 282. Die allermeisten unbefristet und per Anfang nächstem Schuljahr im August.

Schulleitung fordert personelle Unterstützung

Angesichts dessen hat Beat Petermann wenig Hoffnung, dass die Schule Rheinfelden ab Juni genügend Lehrpersonen für die Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine finden wird. Er sagt:

«Wir werden auf die Unterstützung durch den Kanton angewiesen sein. Nicht nur finanziell, den Schulen muss Arbeit abgenommen werden.»

An der Kreisschule Unteres Fricktal gibt es bereits eine Integrationsklasse mit 17 Jugendlichen, sie ist damit gefüllt. «Es geht noch knapp, aber bald braucht es vielleicht eine weitere Integrationsklasse», so Petermann. Doch auch dafür wären zusätzliche Lehrpersonen nötig. Und das wäre noch, bevor die zusätzlichen 100 Schülerinnen und Schüler kommen.

Plattform für Unterstützer und Schulleitungen

Um dem Personalproblem durch die Ukraine-Krise etwas entgegenzuwirken, hat das Bildungsdepartement eine Plattform eingerichtet, auf der die Schulleitungen Unterstützung aus der Bevölkerung finden können. Auch dieses Angebot werde genutzt, sagt Simone Strub. Die Hilfsbereitschaft sei da, es meldeten sich viele pensionierte Lehrpersonen, Sprachlehrerinnen, Übersetzer oder Assistenten, um an den Schulen auszuhelfen. Vor allem für Vermittlung erster Deutschkenntnisse sei man auf sie angewiesen, so Strub.

Für Fälle wie Rheinfelden wiederum, wo wegen einer grossen Unterkunft besonders viele Flüchtende erwartet werden oder bereits in der Gemeinde sind, werden vom Kanton Koordinationspersonen für die Organisation zur Verfügung gestellt. Auf diese hofft jetzt auch Beat Petermann – die erste Sitzung mit den Verantwortlichen steht noch aus.

Nicht alle Hilfsbereiten geeignet



Philipp Grolimund, Co-Präsident Schulleiterinnen- und Schulleiterverband, Schulleiter in Laufenburg.

Chris Iseli

Dennoch: «Der Knackpunkt ist das Personal», sagt auch Philipp Grolimund, Schulleiter in Laufenburg und ebenfalls Co-Präsident des Schulleiterverbands. Der vom Bildungsdepartement erstellte Personalpool von interessierten Unterstützungspersonen sei zwar eine gute Idee, nur werde er ungenügend bewirtschaftet, moniert er. «Es braucht eine Sichtung und qualifizierte Auswahl von geeigneten Personen, denn nicht alle, die sich melden, sind auch für den Unterricht geeignet.»

Das Personalproblem werde auch hier zu stark an die Schule vor Ort delegiert, dabei hätte es einen grossen Synergieeffekt, wenn der Pool durch ein qualifiziertes Team beurteilt würde, so Grolimund. «Das muss absolute Priorität haben jetzt», sagt er. Denn im Gegensatz zum Personal liessen sich Schulräume immer finden und Infrastruktur stets beschaffen.

Laut Manfred Dubach, Geschäftsführer Aargauischer Lehrerinnen- und Lehrerverband (ALV) ist der Druck auf die Lehrpersonen noch nicht übermässig gross. Flächendeckend schwierig werde es, wenn die bisherigen separaten Klassen in den Gemeinden aufgelöst und die Schülerinnen und Schüler auf die bestehenden Klassen verteilt werden müssen. «Dann könnten manche Klassen zu gross werden und müssten wieder geteilt werden», so Dubach. Auch er wünscht sich, dass die Helfenden-Liste des Kantons besser bewirtschaftet wird, aber: «Der Kanton hat schnell und nach seinen Möglichkeiten reagiert. Das Personalproblem kann auch er so schnell nicht lösen.»

Planungssicherheit fehlt

Wäre die Lage besser planbar, könnte man auch die Herausforderungen besser angehen, sagt Philipp Grolimund. Die Schulen wüssten häufig nicht, ob und wie viele Kinder aus der Ukraine dann auch tatsächlich in den Unterricht kommen. Manche würden angemeldet, ziehen dann aber bereits vor dem ersten Schultag in eine andere Gemeinde, manche seien dafür plötzlich und unverhofft da. «Dann ist auch plötzlich eine Klasse überfüllt und man muss neue Lösungen suchen.»

Die jetzige Krise habe gar wesentlich grössere Auswirkungen auf die Schulen als die Coronapandemie, sagt Beat Petermann. «Die anfallenden Probleme konnte man intern mit dem bestehenden Lehrpersonal lösen und das hat auch funktioniert. Den Lehrpersonenmangel aber können wir nicht selber angehen.»

abo+ INTEGRATION

Schon 11'400 Flüchtlingskinder im schulpflichtigen Alter: Wie der Ukraine-Krieg den Lehrermangel in der Schweiz verschärft

Ann-Kathrin Amstutz · 29.04.2022



abo+ AARGAUER SCHULEN

Alles Notlösungen: Der Lehrermangel treibt Studentinnen und Kindergärtner in die Klassenzimmer

Eva Berger · 30.09.2021

Copyright © Aargauer Zeitung. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Aargauer Zeitung ist nicht gestattet.